

B e r i c h t

über die

Verhandlungen der I. Reichstagung
„Rote Hilfe Deutschlands“

am 17. Mai 1925 in Berlin



Herausgegeben
vom Zentralvorstand der Mitgliederorganisation
„Rote Hilfe Deutschlands“

1 9 2 5

Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten G.m.b.H.
Berlin SW 61

Die Untersuchungshaft ist heute zum Teil schärfer als der Strafvollzug, obwohl nach dem Gesetz dem Untersuchungsgesangenen nur eine Beschränkung seiner Freiheit aufgelegt werden soll. Trotzdem wird der Untersuchungsgesangene allen möglichen gänzlich überflüssigen Beschränkungen unterworfen. Ich kenne am besten das Untersuchungsgesängnis in Frankfurt. Dort dürfen keine kommunistischen Zeitungen an die Untersuchungsgesangenen gegeben werden. Es wird auch keine Raucherlaubnis erteilt. Ich frug einmal, warum das Rauchen verboten sei. Es wurde mir erklärt, das Gesängnis könnte Feuer fangen. Nun ist das Gesängnis ein massiver Steinbau. Auf diesen Einwand wurde mir erklärt, es stünden noch Strafgesangene mit darin, die nicht rauchen dürfen. Und wenn die von dem Rauchen der politischen Gesangenen etwas riechen, wäre ihnen das unangenehm und deshalb dürfen die politischen Gesangenen auch nicht rauchen. Eine eigene Verpflegung ist praktisch nicht möglich. Denn Pakete dürfen keine herbeikommen, und die Selbstverpflegung, die aus einer bestimmten Wirtschaft kommen muß, ist so teuer, daß sie sich der proletarische Gesangene nicht leisten kann.

Besonders schön sind Dinge, über die ich hier nicht eingehend sprechen kann, das sind die Epikel, die politischen Gesangenen in die Zellen eingelegt werden. Sie kennen alle die Fälle Diener und König in Württemberg. Und wir haben letzte Woche wieder festgestellt, daß ein Mann, der wegen Landesverrats — Spionage zugunsten der französischen Regierung — drei Jahre Zuchthaus bekommen hat, nicht ins Zuchthaus kam, sondern von dem Untersuchungsrichter Ruoff in Karlsruhe, dessen Name man sich merken muß, wie den des württembergischen Untersuchungsrichters Büchner, zu politischen Gesangenen als Epikel in die Zelle gelegt wurde.

Ueber die ärztliche Behandlung habe ich zu Ihnen ja schon gesprochen. Da kann man wirklich kein Wort zuviel sagen. Es ist so entsetzlich, daß man es in einem modernen Staat nicht für möglich hält. Ich habe massenhaft Material liegen und kann selbst das Wirkungslosste Ihnen aus Zeitmangel nicht vortragen. Es ist vorgekommen — und das scheint mir der aller schlimmste Fall zu sein — ein Gefangener, der an einem Lebergeschwür litt, bekam vom Arzt Tropfen, die ihm ein Wärter von Zeit zu Zeit geben sollte, weil die Schmerzen so waren, daß der Gefangene Krämpfe bekam. Der Wärter gab ihm diese Tropfen, aber sie wirkten nicht. Der Gefangene bat, man solle ihm endlich einen Arzt schicken. Am dritten Tage, nachdem kein Arzt kam, bat der Gefangene sein Hemd in Stücke gerissen und sich aufgefängt. (Zuruf: Pfui!) Man hat Kranke mit offenen syphilitischen Geschwüren mit anderen Gesangenen in eine Zelle gelegt, man hat eine 72 Jahre alte Frau in Untersuchungshaft genommen, weil sie ihren Sohn begünstigt haben soll. Tagelang haben die Gesangenen in Gollnow gewartet, bis ein Arzt kam. Von Hungerstreiks brauche ich nichts zu erzählen. Ich erinnere an den Fall Bagameister. Jetzt haben wir einen Mann, der die schrecklichsten Zahngeißeln hat, er liegt in Stadelheim, er kann nicht durchsehen, daß ihm ein Zahnarzt in die Untersuchungshaft zugelassen wird, den er selbst bezahlen will. Das ist das, was ich über den praktischen Strafvollzug an politischen Gesangenen in dieser kurzen Zeit sagen konnte.

Daneben kommen die Geldstrafen. Das Republikchutzgesetz ist gemacht worden gegen rechtsstehende Mörder und Verbrecher und auf Grund dieses Gesetzes werden fortgesetzt Arbeiter bestraft. Sie sollen Geldstrafen zahlen und sie sollen den Strafvollzug zahlen, denn für jeden Tag Gefängnis fordert der Staat eine Entschädigung. Die Männer sitzen in Haft, bei den Frauen wird gepfändet bis auf die letzte Nähmaschine. — Und nun zum Schluß: Was sollen wir gegen alles das tun? —

Alle Mittel werden im Rahmen des bestehenden Staates nichts anderes bleiben als Palliativmittel. Wenn wir Forderungen aufstellen, so wäre es zunächst die, daß der Strafvollzug und das Strafrecht gegen politische Gesangene grundsätzlich geschieden werden muß von dem anderer Gesangener. Das steht in dem letzten Entwurf eines Strafgesetzbuchs für Italien. Dort ist bestimmt, daß für politische Gesangene besondere Strafanstalten, in der Art unserer „Festungen“ bestimmt werden, in denen diese strenge von allen anderen Strafgesangenen abgefordert sind.

Wenn ich diese Ausführungen schliesse, so möchte ich es tun mit einer Erinnerung an die fürchterliche Klassenjustiz, die Deutschland je gekannt hat.

Hierherd Jahre ist es gerade in diesen Tagen, daß die mitteldeutschen Bauern von dem „Herren“ niedergeworfen wurden. Das war der Beginn einer Klassenjustiz, bei der viele Tausend von Bauern auf das schrecklichste hingerichtet wurden. Die Bauern waren zersplittert durch den Verrat ihrer Führer — denn schon damals wurden die ausländischen Klassen von einem Teil ihrer Führer verraten. — Durch diese Zersplitterung, durch diesen Verrat gelang es noch einmal, die ausländischen Klassen zu zerwerfen und die Rache war so fürchterlich, wie die Gerechtigkeit, in der die Herrschenden sich befanden hatten. Wie damals, so jetzt. Lernt aus der Geschichte, und aus der Geschichte könnt Ihr nur lernen: Hier hilft kein Beten, hier hilft weiter nichts als die Tat! Und die Tat kann nur die sein, daß wir alle zusammenstehen in der Hitze der Opfer dieser Ordnung. Solange aber diese Ordnung noch besteht, die wir selbstverständlich als eine erstickende sehen, die zusammenbrechen wird und unter den Schlägen des Proletariats zusammenbrechen muß, solange tut Hilfe nur! Helft der „Roten Hilfe!“ (Beifall.)

Pied (Vorsitzender): Wir kommen jetzt zum zweiten Unterreferat des vierten Tagesordnungspunktes:

Strafvollzug an politischen Gesangenen in Bayern

Dazu hat das Wort Schriftsteller Erich Mühsam aus Berlin:

E. Mühsam: Genossen und Freunde! Die Tagesordnung der gegenwärtigen Versammlung, die uns zugestellt worden ist, enthält in Punkt 4, wahrscheinlich ohne Absicht der Einberufung, aber doch mit einem tiefen Grund, eine merkwürdige Unterscheidung, die sagt: a) der Strafvollzug in Theorie und Praxis, b) in Bayern. (Weiterfett.) Tatsächlich hat der Strafvollzug in Bayern nichts mit allem zu tun, was in Theorie und Praxis im Strafvollzug an politischen Gesangenen erlebt worden ist. Tatsächlich hat Bayern neue Methoden erfunden und praktiziert, von denen ich in der Kürze der Zeit nur oberflächlich Kenntnis geben kann.

Ich muß mich darauf beschränken, vom Festungstraftvollzug zu sprechen, weil ich hier aus persönlicher trüber Erfahrung sprechen kann. Was

über den Strafvollzug in Zuchthäusern und Gefängnissen bekannt geworden ist aus Berichten, die mir zuzugingen von Leuten, die ihn selbst erlebt haben, die entweder auf die Festung zurückkamen oder mich später aufgesucht haben, das erweckt den Eindruck, als ob im Zuchthaus Straubing und in den Zuchthäusern Bayerns überhaupt gegen die politischen Gefangenen eine wahre Hölle etabliert ist und ein Versahren, wonach die politischen Gefangenen schlimmer behandelt werden als die kriminellen, und zwar grundsätzlich. Soweit wir erfahren konnten, wird z. B. Alois Bindner, der Erhard Auer verwundet hat, nachdem Arco Eisner ermordet hatte — und Lindners Tat war bekanntlich ehelos, während Arcos Tat als die eines Ehrenmannes geachtet wurde — so maltätig, daß er zeitweilig seinen Aufenthalt in der Irrenabteilung des Zuchthausles nehmen mußte. Dagegen wird der Gefangene Matowitsch in einer Art behandelt, die ungefähr der Behandlung eines Polizeibeamten gleicht. Matowitsch war einer der Mörder der 21 katholischen Gefangen, und dieser Prozeß gegen die 21 katholischen Gefangen zeichnete sich dadurch aus, daß das Gericht keine erste Aufgabe darin sah, festzustellen, ob die Mörder glauben konnten, Spontankisten vor sich zu haben, oder ob sie wußten, daß es sich tatsächlich um Katholiken handelte. Da man bei Matowitsch und Müller unbedingt zu dem Schluß kommen mußte, daß sie wußten, wer die Leute waren, bekamen sie hohe Zuchthausstrafen, sie werden jetzt aber besonders bevorzugt behandelt. Ich höre jetzt, daß der Genosse Mayer, der aus dem Tschekaprozess rühmlich bekannt ist, und der das Unglück hat, Bayern zu sein, ins Zuchthaus Pfaffenburg gebracht worden ist. Nun hat schon der Rechtsanwalt Sedel vorgelesen, welche Bestimmungen über den Strafvollzug an politischen Gefangenen bestehen. Der § 53 der preussischen Strafvollzugsverordnung besagt:

„Bestand bei einem Gefangenen nach der ausdrücklichen Feststellung des Urteils der ausschlaggebende Beweggrund zur Tat darin, daß er sich zu der Tat auf Grund seiner sittlichen, religiösen oder politischen Ueberzeugung für verpflichtet hielt, so sind ihm die für die Straftat zulässigen Vergünstigungen ohne weiteres zu gewähren . . .“

Nun hat aber diese neue Verordnung auch den Grundsatz aufgestellt, daß Strafen nach Stufen eingeteilt werden. Da kommt erst eine Unterstufe, dann die zweite und dann die dritte. Wenn da § 52 irgendeinen Sinn haben soll, so doch nur den, daß politische Gefangene selbstverständlich in Stufe 3 kommen. Der Genosse Mayer ist in Stufe 1 untergebracht. Er soll also den ganzen Lebensweg der Zuchthausgefangenen gehen, bis ihm vielleicht durch sogenanntes gute Benehmen, durch Reue, das Aufstehen in eine weitere Stufe gestattet wird. Es ist in diesen Anstalten Grundsatz — ich bemerke, daß das sehr mit den Angehörigen regeln, keine Gültigkeit haben auf Bräute. Die Bräute werden in Bayern nicht anerkannt, sie sind keine Verwandten, und selbst Bräute, die bereits Kinder von ihren Männern haben, und die nur aus irgendwelchen Gründen die Eheschließung nicht vollzogen haben, werden als Bräute nicht anerkannt. Auf der anderen Seite haben wir, wenn wir, sich mal von der anderen Seite einer ins Zuchthaus kommt, den Fall Zwenbauer. Zwenbauer ist eines Mordmordes überführt worden. Er wurde zum Tode verurteilt und dann zu lebenslänglichem Zuchthaus be-

gnadigt. Er konnte aber nach ganz kurzer Zeit, nach wenigen Wochen aus der Krankenabteilung des Zuchthausles flüchten. In der bayerischen Presse hieß es: „Es hat den Anschein, als ob er mit Hilfe von Strafvollzugsorganen geflüchtet sei.“ Den Anschein hatte es für uns allerdings auch. (Sehr gut!)

Von links her ist in Bayern einem politischen Gefangenen die Flucht noch nie gelungen. Selbst die Flucht aus Gefangen ist seit Januar 1921, wo es einem meiner Freunde auf dem Transport zum Zahnarzt gelang, aus dem Zuge zu springen, nicht mehr gelungen. Es wurde seiner mehr zum Zahnarzt befördert.

Ich komme auf die Festungsangelegenheiten und muß gleich auf die Dinge eingehen, weil jede Entleitung Zeit kosten würde. Bis zum Jahre 1919 bestand eine Hausordnung für Festungsgefangene, eine königliche Verordnung vom 18. März 1893, die wohl fast in allen Teilen genau der Hausordnung entsprach, die im übrigen Reich gültig war. Da gab es eine Behandlung, die eben eingerichtet war für Duellbelikte, für Offiziere und Studenten, die irgendwie im Ehrenkodex ausgeglichen waren und ein paar Tage oder Wochen oder Monate Festungshaft abzusitzen hatten. Als wir verurteilt wurden vom Stand- oder Volksgericht, da waren die Urteile, die mehr durch Glückfall auf Festung lauteten, selbstverständlich ausgesprochen worden in der Voraussetzung, daß nunmehr auch Festungshaft vollstreckt werden würde. Bei denjenigen, gegen die man Zuchthaus wollte, wurde ausdrücklich gesagt, daß man keine Festung haben wolle, und das Strafmaß für uns andere wurde außerordentlich hoch angesetzt mit Rücksicht darauf, daß die Strafe leicht zu ertragen sei. Unter dieser Voraussetzung wurden bis 15 Jahre Festung verhängt. Da kam der Justizminister Dr. Müller (Meinungen), Demokrat in der sozialdemokratischen Regierung Hoffmann, und brachte, nachdem wir schon von Anfang an nicht in die eigentliche Festung, die dafür geeignet hatte, gelegt wurden, sondern in eine Abteilung des Zuchthausles gebracht, also in andere Räume, und nachdem uns schon von Anfang an Ausgang nicht bewilligt wurde, obwohl er zur Festungshaft gehört, nachdem uns sonst aber ein Festungsstrafvollzug, wie er üblich war, zuteil geworden war — war im August 1919 einen Erlass heraus, den er Ausführungsbestimmungen zur Hausordnung für Festungsgefangene nannte. Diese Ausführungsbestimmungen hoben aber die Verordnung, deren Ausführung sie auslegen sollte, absolut auf. Sie bestimmten das gerade Gegenteil. Sie stellten in der Tat eine neue Verordnung dar, die ein einzelner Minister gar nicht erlassen durfte. Dazu brauchte er den ganzen Ministerrat und das Parlament. Das wollte Müller (Meinungen) aber nicht riskieren, und so fälschte er die Verordnung in einen Erlass um, und schuf sich so die Möglichkeit, diktatorisch von seiner Person aus, zu verfügen, was er nicht verfügen durfte.

Ich sprach davon, daß man an uns nicht die Festungshaft vollstreckte. Der § 17 des Strafgesetzbuches lautet: „Die Strafe der Festungsgefangenen besteht in Freiheitsentziehung mit Beaufsichtigung und Beschäftigung der Lebensweise der Gefangenen. Sie wird in Festungen oder in anderen dazu bestimmten Räumen vollzogen.“

Daraus machte die bayerische Regierung:

Wir können jetzt jeden Raum, der uns gefällt, dazu bestimmen. Klar ist, daß das Gesetz für die Gefängnisgefangenen bestimmt, daß sie in eigens dazu bestimmten, baulich dafür in Frage kommenden Räumen unterzubringen sind und nicht in Räumen, die zu Gefängnis- und Zuchthausstrafen eingerichtet sind. Ich bin darauf eingegangen, weil von hier aus die ganzen Schranken, die ganzen Auslassungen ihren Ausgang nehmen. Denn nicht nur, daß wir in Gefängnissen und Zuchthäusern untergebracht waren, wir wurden auch bewacht von ausgebildetem Gefängnis- und Zuchthauspersonal, die den Unterschied zwischen der Gefängnishaft und der Gefängnis- und Zuchthaushaft nicht machten. So geschah es und so war es auch die Absicht.

Sie müssen sich einen Begriff machen, was es bedeutet, in solchen Räumen zu vielen Tausenden miteinander zu leben, die keinen Ausgang haben und dauernd, Jahre hindurch, aufeinander angewiesen sind. Genossen, stellt euch eine Ehe vor. In einer Ehe gibt es schon Reibereien, Revolturen. Man muß schon innerlich seelisch mit einer Frau sehr gut zusammenstimmen, wenn man sie tagaus, tagein im Unterrod sieht und sie den Mann tagaus, tagein in Hemdsärmeln sehen soll. Die Verliebtheit hört ja einmal auf. Aber sie machen Besuche, sie gehen auf die Straße, kommen mit Menschen zusammen. Das alles fällt weg in der Gemeinschaft, wo es keinen Ausgang gibt und wo kein Arbeitszwang besteht, wo die Betroffenen alle unausgesetzt zusammen sind. Wie das auf die Herzen geht, wie man sich gegenseitig zu viel weh, das ist nicht zu beschreiben. Das war aber Absicht, darauf gründete sich der Strafvollzug in der Gefängnisverwaltung. Die Herren mußten so maltrotiert werden, daß die Gefängnisgefangenen sich untereinander nicht mehr sehen und nicht mehr riechen konnten.

Nun geht das alles noch zu extragen, wenn allmählich eine Erleichterung des Lebens eintritt. Es ist ein uraltes Prinzip des Strafvollzugs, daß bei Beginn der Strafe die Strafe schwer ist, daß die Gefangenen zuerst fest an die Rinde genommen werden und daß allmählich ein Nachlassen dieser Härten vor sich geht. Das ist ein Prinzip, wie es bisher überall im Strafvollzug festgelegt ist. In Bayern wurde das umgekehrte Prinzip gehandhabt. Es hat sich in einem Prozeß durch den Eid eines Beamten der Gefängnis- und Zuchthausverwaltung herausgestellt, daß ein Erlaß bestand, wonach Müller (Meinungen) verfügt hat: Die Gefängnishaft ist jetzt so zu verschärfen. Und die Verschärfung hat fünf Jahre ange dauert.

Die Verschärfungen wurden zur Kenntnis gebracht häufig einfach durch Disziplinierungen. Man wurde in Einzelhaft genommen und mußte dann, daß man das und das nicht tun darf. Fünf Jahre wurden wir so gemartert. Das war schlimmer, als alles das, was ich später nur streifen kann, da ich wenig Zeit habe. Ueberhaupt diese geheimen Verfügungen. Wir wußten nicht, was für Rechte haben wir, was für Pflichten. Ich sprach von der neuen Hausordnung. Sie hatte praktisch nur kurzen Bestand, obwohl sie schon aus der Gefängnisverwaltung machte. Es gibt nämlich allenthalben Miß- und Randeinstimmungen. Aber alle Randeinstimmungen, die zu Ungunsten der Gefangenen bestehen, bedeuten Mißbestimmungen; alle Randeinstimmungen zugunsten der Gefangenen bestehen einfach nicht. Nun wirkt bei dem Justizministerium als Referent für die Strafanstalten ein gewisser

Dr. Küßlewein. Dieser Herr strengte sein Hirn an, nur um täglich neue Verschärfungen durch geheime Verfügungen zu erfinden. Es wurde viel gesprochen vom geheimen Erlaß gegen Goethe. Ich bitte, der Resolution einen Beschluß beizufügen, daß der Geheimverlaß gegen Goethe aufgehoben wird und daß sämtliche den Strafvollzug betreffenden Geheimverlässe aller Justizbehörden veröffentlicht werden. Wir haben mit diesen Geheimverlässen wahrhaftig sehr böse Erfahrungen gemacht. Und als einmal, das war beim Tode des Genossen Hagemeister, der Landtag sich etwas ernster als sonst mit den Dingen des Strafvollzugs zu befassen hatte und einen Untersuchungsausschuß einsetzte, der nur einmal zusammentrat und nach einem Referat des Herrn Dr. Küßlewein ohne Anhörung eines Zeugen aus der Festung sich wieder in Wohlgefallen auflöste, da erklärte als Referent über diesen Ausschuß am 16. März 1923 Herr Müller (Meinungen), im bayerischen Landtag — derselbe Mann, der den neuen Strafvollzug für die Festung in Bayern erst eingeführt hat —: Die Art des Strafvollzugs sei Ermessenssache der verantwortlichen Beamten nach den bestehenden Normen und unterstehe nicht der Aufsicht des Landtages. Der Landtag kastrierte sich derart, daß er dieser Auffassung beitrug und erklärte, selbst wenn ein Untersuchungsausschuß eingesetzt wird um zu prüfen, wie es mit dem Strafvollzug und seiner Gesetzlichkeit bestellt ist, müssen wir anerkennen, wir haben kein Recht uns darum zu kümmern, das ist Ermessenssache der Vollzugsbeamten. Und was waren das für Beamte? Nun, es waren nicht nur Monarchisten, die von früher her übernommen waren. Es ist charakteristisch, daß der Staatsanwalt von Augsburg, Kraus, der die meisten Verschärfungen einführte, ernannt wurde von dem Justizminister Dr. Roth, dem Nationalsozialisten, und daß dann sein Nachfolger, der Staatsanwalt Hoffmann von demselben Roth ernannt wurde, der nunmehr den Staatsanwalt Kraus zum Oberstaatsanwalt in Augsburg und dadurch zum einzigen Beschwerdeorgan für uns ernannte. Wir mußten uns also bei des Teufels Großmutter beschweren, wenn wir gegen den Teufel etwas einzuwenden hatten und Kraus selbst hat Disziplinarmaßnahmen verhängt nur darum, weil überhaupt jemand von dem Beschwerderecht Gebrauch machte. Er erklärte: Was ich tue, dient dazu, Ihnen Ihre Strafe als Strafe sichtbar zu machen. Von meiner vorgelegten Behörde werde ich hierin in allem gedeckt. Ich habe keine Beschränkungen und kann machen, was ich will. Beschwerden haben keinen Zweck, denn sie gehen durch meine Hände.

Ich muß nun aber auf die einzelnen Kategorien ganz flüchtig zu sprechen kommen, um klar zu machen, in welcher Weise sich die Verschärfungen auswirken. Zuerst wurde nach der Hausordnung jedem das Recht eingeräumt, sich nach Belieben zu beschäftigen. Er konnte kleine Arbeiten machen mit seinem Handwerkszeug, Spielzeug fabrizieren, schneiden oder was er sonst wollte. Eines Tages trat die Bestimmung ein, das Handwerkszeug wird in Verwahrung der Festungsverwaltung gehalten, damit kein Unfug damit getrieben würde. Es ist nie damit Unfug gemacht worden. Dann wurde plötzlich ohne jeden Grund gesagt: Handwerkszeug wird überhaupt nicht mehr ausgeliefert. Wer arbeiten wollte, kam im Dienste der Verwahrung arbeiten. Da wurden Strohmatten geflochten, Holz gespalten usw. — ich überspringe hier einige Zwischenstationen des Verschärfens — die Arbeit

sand statt unter Aufsicht von Gefängnisbeamten unter Akten des Betreffenden vor und nach der Arbeit, ob er nichts gestohlen hat und fand statt bei einer Entlohnung, die die schälimste Lohnrückerei war, von der man sich eine Vorstellung macht. Es wurde 6 Stunden täglich gearbeitet und bezahlt wurde wöchentlich, nach Goldmark berechnet 3 Mark für 6×6 Stunden Arbeit. Wer das aber nicht tun wollte, der konnte müßig gehen und so geschah es auch und das griff die Nerven in viel höherem Maße an als alles andere. Wir hatten einen Schneidermeister unter uns, der ein kommunistischer Stadtrat in München war. Er wollte seine geschäftlichen Schneiderarbeiten ausführen. Man enthielt ihm die Schere und das Nageisen vor und bot ihm an, er möge Arbeit für die Verwaltung leisten.

Genossen, diese Angelegenheit greift hinein in ein anderes Kapitel, nämlich das Kapitel über die Verfügung über unser Geld. Im Anfang konnten wir es behalten. Dann, als die neuen Bestimmungen kamen, wurde uns ein Taschengeld von täglich 2 Mark zugewilligt, wobei wir aber trotzdem die Verfügung besaßen über das Geld, das die Verwaltung in Verwendung hatte. Wir brauchten nur Bestellscheine zu schreiben und es wurden uns Briefmarken, Weisungen, was wir haben wollten, besorgt. Ich will auch hier die ganze Stufenleiter der Fortsetzung des Verfahrens überspringen und nur sagen, wie dann später das Verfahren weitergriff, als wir über das Geld, das die Verwaltung verwahrte, nicht mehr verfügen konnten; daß unser Taschengeld, das später wieder auf 3 Goldmark nach der Stabilisierung festgelegt wurde, während der Inflationszeit zeitweilig so bemessen war, daß wir dafür noch nicht einmal eine Briefmarke in der ganzen Woche kaufen konnten. Man mußte also die Notlage der Bevöllerung aus, um uns zu schikanieren.

Darüber muß ich hinweggehen. Ich will weiter von der Vormundschaft sprechen. Es ist selbstverständlich, daß die staatsbürgerlichen Rechte durch die Verhängung von Gefängnis nicht berührt waren. Trotzdem wurde verweigert, daß ein Genosse in der Festung heiraten durfte, das wurde ihm nicht gestattet. Kirchenaustritte unterlagen der Bewilligung des Justizministeriums (Hört, hört!). Sie wurde erteilt. Man war klug genug, sie in jedem Fall zu erteilen. Aber daß man sie von besonderer Genehmigung abhängig machte, ist ein Verfassungsbruch.

Diese Dinge greifen nun schon ein in eine weitere Kategorie der Strafsachen, in die Kategorie der Zensur. Ich will nicht davon sprechen, daß wir, die wir uns literarisch betätigt haben, außerordentliche Schwierigkeiten hatten, daß wir sehr viel gehindert wurden, daß wir daran gehindert wurden, unsere dichterischen Arbeiten herauszuschicken. Aber was die Zensur anlangt, davon macht sich der, der es nicht erlebt hat, auch keine schwache Vorstellung, wie die getrieben wurde. Wegen irgendeines Satzes, wegen irgendeines Wortes wurde der Brief einer Frau, die nur sehr schwer mit der Feder umzugehen verstand, die mit großer Anstrengung den Brief geschrieben hatte, was in der Inflationszeit auch mit hohen Kosten verbunden war, einfach zu den Akten genommen. Der Betreffende erfuhr von dem Inhalt des ganzen Briefes nicht eine Silbe. Es hieß dann, der Brief wird wegen agitatorischen oder hebräerischen Inhalts zu den Akten genommen. Mit auslaufenden Briefen ging es ebenso. Mir ist passiert, daß mir bei einem

Rapport der Hoffmann, der identisch ist mit dem Staatsanwalt vom Geiselmordprozeß — ich könnte auch über die Behandlung der Verurteilten vom Geiselmordprozeß sprechen — dieser Staatsanwalt Hoffmann, dieser Mitter des Volkes im Geiselmordprozeß hat mir Briefe von einem bulgarischen Studenten zurückgehalten und mir beim Rapport gesagt: „Ich wünsche diesen Brief nicht“. Er hat anderen Einschränkungen des Briefverkehrs auf einen Brief wöchentlich auferlegt wegen „Wellschreiben“. Es würde nie ein Ende nehmen, wenn man im einzelnen alle diese Niederträchtigkeiten aufzählen wollte. Ich habe ein Datum aufgeschrieben. Wir haben am 17. September 1923 — irgendein beliebiges Datum — gezählt. An diesem einen Tage sind bei 19 Gefangenen, die wir damals waren, sechs einlaufende und zwei auslaufende Briefe zu den Akten genommen. (Unerhört!) Man kann sich ungefähr einen Begriff machen von dem Umfang des Eingreifens dieses Strafvolksbeamten bei seiner Ermessensfreiheit nach den bestehenden Normen, die es nicht gab, die sich jeden Tag änderten. Daneben lief die Zensur über die Zeitungen. Die war nicht schöner. Daß die nationalsozialistische Presse davon fast gar nicht bedroht war, versteht sich von selbst. Aber wenn ich erzähle, daß nach dem Mordmord im Verlauf von zwei Monaten gerade neun Nummern der dreimal täglich erscheinenden „Frankfurter Zeitung“ in unsere Hände kamen, dann kann man sich einen Begriff machen. Die Liste, die ich über die beschlagnahmten Zeitungen geführt habe, ist mir abgenommen worden, sie liegt bei den Akten und bleibt dabei liegen, denn die Zensur wird fortgesetzt auch nach Beendigung der Strafe. Man bekommt aus den Akten nichts zurück und selbst der Tod hebt diese Zensur nicht auf. Die Witwe von Sagmeister hat noch heute die Briefe, die er an sie und sie an ihn geschrieben hat, und die zu den Akten gingen, nicht wieder erhalten. (Wut Teufel!) Aber das alles erklärt sich, der Zensur war ein Beamter der politischen Kriminalpolizei in München und zwar direkt unterstellt den Herren Pöchner und Dr. Frid.

Das Schlimmste, was wir an Zensur erlebt haben, das war die Zensur, die unsere Besuche unter Aufsicht stellte. Wir haben gestern in den Sophienfäsen ein Stück gesehen, das vielen Genossen zu Herzen gegangen ist: wie den Zuchthausgefangenen das Herz aufgeht, wenn der Genosse herein kommt und ihm die „Rote Hilfe“ bringt. Ich habe mir gesagt, wenn das so ginge, daß da einer reinkommt und den Freund umarmt und aus der Tasche Zigaretten und Briefe zieht, das wäre herrlich. So geht das aber nicht. Nein, wenn unsere Frauen kamen, die wir fünf Jahre nicht unter vier Augen gesprochen haben, dann saß die Frau auf der einen Seite und der Mann auf der anderen Seite und dazwischen ein überwachender Beamter der Kriminalpolizei von München. Der Beamte überwachte die Unterredung. Und wenn auch nur eine politische Frage gestreift wurde oder über das Ergehen des Betreffenden gesprochen wurde, nämlich von den Dingen, die nun eigentlich in Niederschönfeld waren, dann wurde der Besuch abgebrochen, die Frau aus dem Hause gewiesen, der Mann in Einzelhaft abgeführt. (Unerhört.) Das ist nicht einmal, das ist verschiedentlich passiert.

Ich komme nachher auf die ärztlichen Angelegenheiten, das allerwichtigste Kapitel vielleicht. Aber charakteristisch ist ein Fall, der Ernst Toller betraf. Ernst Toller war augenkrank. Er erhielt Besuch von einer Ver-

wandten, einer Arztin, und es wurde ihm und ihr vorher verboten, auch nur mit einer Silbe seine Krankheit zu erwähnen. (Unerhört.) So schlimm war es zeitweilig. Manches ist dann später abgestellt worden.

Die Durchsichtung unserer Frauen, wenn sie uns besuchten, ging in einer Weise vor sich, die mehr als beleidigend, die schimpflich war. Ich habe mich deswegen an den Arzt gewandt und ihm gesagt: „Sie sind verantwortlich für die Gesundheit unserer Nerven. Wenn es unseren Frauen passiert, daß sie, wie es einmal geschehen ist, von den durchsuchenden Frauen an die Geschlechtsorgane gegriffen werden, dann garantieren wir nicht mehr für unsere Ruhe. Ich verlange von Ihnen als Arzt ein Eingreifen.“ Der Arzt ging zum Vorstand und erklärte, er fühle sich durch diese Art Konsultation belästigt und ich wurde schwer disziplinarisch bestraft.

Eine Untersuchung des Falles durch Anhörung der Genossen, der das passiert war, wurde abgelehnt. Gehört wurden die durchsuchenden Organe, die selbstverständlich alles abstritten.

Während wir diese Art von Haft erlitten, saß Arco in Landsberg — es ist bekannt, wie er es hatte, er ging auf einem Gut arbeiten. — Als Hitler kam, lassen wir zu unserem Erstaunen in den Zeitungen, daß bei Hitler politische Konferenzen der nationalsozialistischen Partei stattfanden, daß dort neue Programme aufgestellt wurden, die neue Taktik dieser Partei erörtert wurde. Ich muß darüber hinweggehen, da die Zeit drängt. Ich komme jetzt auf die ärztliche Behandlung. In der Hausordnung wird für jede Strafanstalt eine eigene Krankenabteilung verlangt. Der Fall Zwengauer beweist, daß es diese eigene Krankenabteilung in den Buchhäusern, wenigstens für Sechsmörder, gibt. In der Festsung Niederschönenfeld gibt es keine Krankenabteilung. Wenn es jemand einsiel, krank zu werden, so wurde er dahin gestellt, wo die Disziplinierten hingesteckt wurden, nämlich in eine leere Zelle. Da durfte er darüber nachdenken, ob es sich empfiehlt, krank zu sein. Ich will über zahllose Dinge hinweggehen. Ich will meinen eigenen Fall, wie es mir verweigert wurde, einen Ohrenarzt kommen zu lassen, über alle diese Dinge, wo die Hinguziehung von Spezialärzten auf eigene Kosten verlangt wurde, will ich hinweggehen. Ich will hinweggehen darüber, daß ich zum Beispiel einmal den Vorstand und den Arzt darauf aufmerksam machte, ein junger Genosse, der augenscheinlich geistesgetrübt sei, müsse unbedingt in eine Heilanstalt überführt werden, daß ich daraufhin wegen „Einnischung“ disziplinarisch bestraft wurde. Der Betreffende kam nicht in Behandlung, sondern wurde wegen seiner in offener Geistessträubung begangenen Exzesse der schwersten Disziplinierung unterworfen. Und nach 8 Monaten wurde derselbe Mann von der Festsung weggeholt und in eine Heilanstalt überführt. Es zeigte sich also, daß ich mit meinem Verdacht recht hatte. Ich habe dann an das Justizministerium die Frage gerichtet, was hat ein Festungsgefangener zu tun, der bei seinen Kameraden Krankheitserscheinungen zeigt? Ich habe keine Antwort darauf erhalten. Als ich später noch einmal nach Hagemeyers Tod für einen Genossen, einen Sanitäter anspach, er möchte ihm ein Abschiedsmittel geben, wurde ich neuerdings wegen Einnischung diszipliniert. (Zwischenruf: Hört, hört!)

Genossen! Der Fall Hagemeyer, von dem kann ich nicht so flüchtig sprechen, wie von den anderen Fällen. Ich sehe leider, daß die Zeit sehr weit

vorgeschritten ist, so daß ich auf die einzelnen Dinge nicht mehr eingehen kann. Ich kann nur sagen, Hagemeyer war ein schwerkranker Mann. Wir wußten es. Der Arzt hat es nicht finden können. Sonderbarerweise fand der Arzt, wie er Hagemeyer selbst andeutete, daß er ihn für einen Stimulanten halte. Und er verlegte ihn von uns weg, indem er sagte, daß dem Patienten jede Aufregung erspart werden muß. Ihm wäre jede Aufregung erspart geblieben, wenn er bei seinen Genossen geblieben wäre, die bei ihm Wache halten wollten. Nicht einmal das ist uns bewilligt worden, daß wir Nachwache bei unserem kranken Freunde halten dürfen. Er hat keinen mehr von uns gesehen, und als er den Wunsch hatte, seiner Frau einen Brief aus der Einzelhaft zu schreiben, daß sie kommen sollte, weil er süßte, daß er sterben mußte und selbst nicht mehr inskande war, den Brief zu schreiben, hat er, daß er ihn mir diktieren dürste. Ich wurde von zwei Beamten an sein Krankenlager geführt und es wurde mir erklärt, länger als 5 Minuten dürfe die Unterredung nicht dauern, und von Diktieren sei keine Rede. Hagemeyer konnte nicht sagen was er wollte, das nannte man, man solle dem Manne jede Aufregung ersparen. Es gab selbstverständlich die furchtbare Aufregung. Nach mir hat nur ein Genosse ihn gesehen, dem er seine Funktion als Verbandsmann der „Roten Hilfe“ übergab, weil er wußte, wie es um ihn stand. Er verlangte, daß man ihn ins Spital führe. Es geschah nicht. Der Arzt wie die Verwaltung stellten sich auf den Standpunkt, der Mann will nur ins Spital, und aus dem Käfig herauskommen. Er will sich drücken. Der Fall Hoefle, Genossen, ist ganz nützlich deswegen, weil er den Fall Hagemeyer von mir haben in Versammlungen gesagt, Hagemeyer ist ermordet worden. Diese Genossen haben den Bewährungsfrist und man hat ihnen einen Prozeß machen wollen. Man hat sie dann zu einer Erklärung genötigt, daß das nicht so gemeint war. Man wollte diesen Prozeß nicht. Aber wenn der „Vorwärts“ über den Fall Hoefle schreibt, das ist kalter Mord, so sage ich, wenn irgendwo kalter Mord gewesen ist, so war es an Hagemeyer. Ich wünschte, daß ich vor Gericht gestellt würde, damit dieser Fall aufgedeckt wird, und Zeugen gehört würden, denn in dieser Sache hat man nur die Beschuldigten gehört. Man hat gelogen in allen Punkten. Man hat Hagemeyer, der nicht liegen konnte, nicht einmal einen Stuhl zur Verfügung gestellt. Wir, seine Genossen, haben ihm einen Stuhl hintergeschickt. Wir haben ihm einen Korbstuhl geschickt, der schon an allen Enden zusammengebunden war und vor dem Landtage wurde dann erklärt, seine Zelle sei ausgestattet gewesen mit einem Korbstuhl und Mattpflanzen. Er hatte nämlich sich seine zwei Blumentöpfe in die Zelle herunterkommen lassen.

Genossen! Alle diese Dinge müssen einmal anderswo geklärt werden, wo man mehr Zeit hat. Ich komme schon noch einmal darauf. Ueber die ärztliche Behandlung kann ich nur sagen, bei verschiedenen Hungerstreiks haben die Ärzte in allen Anstalten immer nur ein gutes Rezept gehabt. Sie haben gesagt, essen Sie, weiterhin kann ich Ihnen nicht helfen. Das war alles.

Der Arzt, Dr. Steindl, dem ich schuldhaftes Verhalten und Mitschuld am Tode Hagemeyers hier öffentlich vorwerfe, dieser Dr. Steindl hat auf

Befragen, ob er sich eigentlich als Arzt oder Beamter fühle, geantwortet, in erster Reihe bin ich Beamter.

Auch da wäre von anderen Ärzten noch zu reden, ich nenne absichtlich die Namen, der Arzt in Amberg, einem Gefängnis, wo ebenfalls politische Gefangene sitzen, ist ein Doktor Bauernfeind. Das muß ein niederträchtiger Menschenfeind sein, sein Sohn ist nämlich in München auf der Seite der Weiskardisten gefallen und daher seine Liebe zu den politischen Gefangenen.

Ein Arzt in einer Gessung Bayerns hat einmal erklärt: „Wer einmal hier ist, ist auch hafffähig“. Das ist das Prinzip ganz allgemein. Ich müßte von Einzelhaft, vom Bettentzug, vom Hausentzug und all dem anderen sprechen, aber ich kann das nicht mehr. Ich müßte davon reden, daß, nachdem die Reichsregierung den Bettentzug als ungesetzlich angesehen hat, man die Zwangsarade eingeführt hat. Alles das mag hießen. Aber etwas ist notwendig, nämlich zu sprechen von der Bewährungsfrist und der Korruption, die mit der Hoffnung auf Bewährungsfrist getrieben wird. Ich muß reden von der schimpflichen Beeinflussung der Gefangenen, um sie zu Spikeln zu machen, um sie zu Hordposten an den eigenen Mitgefangenen zu machen. Das muß noch erwähnt werden. Das Bewährungsfristverfahren, das als Ersatz für Amnestie und Gnadenlasse gilt, das ist die schlimmste Korruption, die es gibt. Es wurden den Gefangenen Hoffnungen gemacht, sie sollten benutzniatorische Briefe schreiben und sie kämen hinaus, und dann kamen sie hinaus, sie wurden zu Verrätern, zu Spikeln. Selbst verhandelt mit solchen Spikeln, der Beweis liegt dafür vor, hat der Staatsanwalt von Augsburg, der Reichstagsabgeordnete Gmünder, Justizminister des Deutschen Reiches. Er hat einem von ihnen gesagt: „Wir können Ihnen ja nicht ganz vertrauen, ob Sie die richtigen Berichte bringen“. Und erst die Ablehnung von Bewährungsfristgesuchen! Wie wurde die Ablehnung begründet? „Es ist nicht bemerkbar Neue und Besserungsvorsetz“. Ja, man schreut nicht zurück vor direkter Verhöhnung. Ein ungeheures Material liegt vor. Aber ich darf nur sagen: Die Bewährungsfristen wurden entschieden vom obersten Landesgericht, von dem ich drei Mitglieder nennen will, Herr Müller (Meinungen), Demostkrat, das andere ist Böhner, das dritte von der Pforten, der gefallen ist ohne getroffen zu sein am Herzschlag, als er zum erstenmal das Schreien bei der Hitler-Demonstration hörte. (Weiterkeit.)

Ich sagte schon, daß Beschwerden keinen Zweck hatten, aber eins muß gesagt werden: Das unerhörteste, was jemals gegen Gefangene verübt wurde, war, daß die bayerische Regierung uns systematisch vor der Öffentlichkeit verleumdete hat. Jede Beschwerde, die von uns herausging, wurde beantwortet, indem man diese Beschwerde als Verleumdungen bezeichnete, und indem man gegen uns Lügen erfand. Der Reichstag ist belogen worden, die ganze Öffentlichkeit ist belogen worden. Ich habe in einer Denkschrift an den Justizminister von Bayern, Herrn Lerchenfeld, die Behauptung aufgestellt, daß man ruchlose und nichtswürdige Lügen gegen uns austreue. Ich habe verlangt, man solle mich vor ein Gericht stellen. Ich wolle als Verleumder vor Gericht gestellt werden. Es ist nicht geschähen. Man ist zur Tagesordnung übergegangen. Man dachte sich, der Mann sitzt fest, aber jetzt sitze ich nicht mehr. Ueber mir zwar hängt das Damoklesschwert der

Bewährungsfrist, aber ich behaupte hier öffentlich: „Herr Ministerialrat Dr. Käßlein in München hat zu wiederholten Malen den bayerischen Landtag und die deutsche und bayerische Öffentlichkeit bewußt belogen. Er hat zu wiederholten Malen in politischer Absicht Verleumdungen ausgestreut gegen politische Gefangene und hat sie mit den Mitteln, die ihm als Beamten zur Verfügung standen, unter Mißbrauch der Amtsgewalt gehindert, sich zu wehren. Ich nenne ihn einen Lügner und Verleumder. Ich nenne einen Lügner und Verleumder die Justizminister Bayerns, die seine Erlasse genehmigt haben und meine Lügner und Verleumder die Strafvollzugsbeamten die ihm verlogenes Material geliefert haben. Ich verlange, daß man mich unter Anklage stellt und mir die Möglichkeit gibt, zu beweisen, was ich behaupte. Dann wird dieser Vortrag, den ich hier nur oberflächlich punktieren konnte, ausgiebig gehalten werden. (Lebhafter Beifall.)

Hier (Vortragender): Wir kommen damit zum fünften Punkt der Tagesordnung:

„Die Fürsorge für Familien politischer Gefangener in Staat und Gemeinde.“

Das Wort hat Herr Karl Liebt aus Berlin:

K. Liebt: Werte, geschätzte Anwesende! Wenn ich das mir erteilte Thema nur als Bericht aufstellen würde über das, was durch den Staat, durch die Gemeinden an Fürsorge für die politischen Gefangenen geschieht, an wirklicher Fürsorge, die „fürsorgt“, die den politischen Gefangenen die Sorgen um ihre Angehörigen abnimmt, dann könnte ich meine Ausführungen in fünf Minuten beenden, denn von einer solchen wirklichen Fürsorge ist in Deutschland nicht viel vorhanden, höchstens einige Ansätze, über die noch zu reden sein wird. (Sehr gut!) Woran liegt das? Bestehen keine gesetzlichen Verpflichtungen für Staat und Gemeinden, die Angehörigen der politischen Gefangenen zu befürsorgen, oder ist diese Fürsorge in Deutschland immer noch belastet mit dem Ludergeruch der Armenpflege wie vor dem Kriege, wo man jeden, der diese Armenfürsorge in Anspruch nahm, deklassierte? Wenn wir diese beiden Fragen im Verlaufe des Themas beantworten wollen, dann müssen wir einen kleinen Spaziergang machen durch die Fürsorge-Gesetze, die bestehen.

Dieser Spaziergang ist sicherlich nicht interessant, wir werden nicht viel sonnige Ausblicke oder gar Rosengärten finden. Trotzdem ist er notwendig.

Wertgeschätzte Versammlung! Die ganze Gesetzgebung über Fürsorge für Kriegsbeschädigte, Kriegshinterbliebene, Sozialrentner, hilfsbedürftige Minderjährige, die Wochensfürsorge und die Armenfürsorge ist reichsgesetzlich neu geregelt durch die Verordnung über die Fürsorgepflicht vom 13. Februar 1924, die noch unter dem Ermächtigungsgesetz erlassen worden ist. Sie ist nur ein Rahmengesetz, in das die Länder ihre Ausführungsverordnungen hineingegossen haben. Immer wieder heißt es: „das Land bestimmt“. Das Land bestimmt, wer Träger der Fürsorge ist; das Land bestimmt, wer Fürsorgebehörde ist; das Land bestimmt über Verfahren und Beschränkung; das Land beschließt endlich auch über Voraussetzungen, Art und Maß der Fürsorge.